

Über den öffentlichen Gebrauch der Geschichte

Seppo Hentilä

Die Produkte der politischen Geschichtsforschung sind zu einer Handelsware mit eigenen Märkten geworden. Das Interesse der Öffentlichkeit wird von den Medien gesteuert. Wie sollten sich die Wissenschaftler dazu verhalten? Mit Ignoranz ist den Medien nicht beizukommen. Aber es geht genauso schief, wenn sich Wissenschaftler an die Medien zu verkaufen beginnen. Sogar die Debatte unter Berufshistorikern wird von politischen Konjunkturen gelenkt. Ein Musterbeispiel ist die Restauration der These vom Befreiungskrieg.

Juice Leskinen traf in seinem Festgedicht „Unser Erdteil, unsere Welt“, vorgetragen am 13. Mai 1998 auf dem Kuntähti Feld zum 150. Jahrestag der finnischen Nationalhymne, den Kern meines Themas:

Die Geschichte beginnt beim Morgigen. Sie wird vom Ende zum Anfang gelesen.

Wenn die Nation in den Gewölben ihrer Vergangenheit Inventar macht, ist die Buchführung niemals stimmig.

Es wurde dies bestellt und das erhalten, mehr erhalten als bestellt, bestellt und nicht erhalten.

Es wurde ein ewiger Sommer erbeten und ein endloser Herbst erhalten, und keine einzige Seele weiß, wohin es im Nebel langgehen soll.

Leskinen, einer der schlagfertigsten Gebrauchslyriker unserer Zeit, läßt sich nicht nur vom 150. Jahrestag der finnischen Nationalhymne inspirieren, sondern er beleuchtet auch den Platz Finnlands in einem Europa und in einer Welt, in der es die Sowjetunion, den Kommunismus, den Kalten Krieg und den Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Beistandspakt nicht mehr gibt. Finnland

Seppo Hentilä ist Professor für Gesellschaftsgeschichte an der Universität Helsinki.

Seppo Hentilä

ist Mitglied der Europäischen Union und ist unter den ersten und natürlich vor Schweden der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beigetreten.

Die Geschichte beginnt beim Morgigen, heißt es bei Leskinen. Anders ausgedrückt: Die jeweilige Gegenwart, unsere eigene Zeit, interpretiert die Vergangenheit für die Bedürfnisse von Morgen, um auf die Politik von Morgen Einfluß zu nehmen. Die Zukunft ist somit die wichtigste Wirkungsdimension der Geschichte und genau das verstehe ich unter dem öffentlichen Gebrauch der Geschichte.

Geschichte hat stets, in allen Kulturen und Gesellschaften einen öffentlichen Gebrauch gehabt. An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert wurde sie zu einem eigenen akademischen Lehrgebiet, im modernen Sinne zur Wissenschaft. Ihre Hebamme war der Nationalismus, die führende Idee im damaligen Europa. In Finnland stellte Zacharias Topelius 1843 auf dem Porthan-Fest der Studentischen Landsmannschaft Pohjalainen seine bekannte Frage: „Äger finska folket en historia?“ Insbesondere um die Geschichte des Volkes ging es, als Yrjö Koskinen 1869 die erste finnischsprachige Gesamtdarstellung „Lehrbuch der Geschichte des finnischen Volkes“ veröffentlichte.

Der Nationalismus hat die Geschichtswissenschaft und andere sogenannte nationale Wissenschaften, wie die Erforschung der Volksdichtung sowie die Sprach- und Literaturwissenschaft, konstituiert. Gerade der Geschichtswissenschaft blieb jedoch der Nachweis vorbehalten, daß auch der Rabe ein weißer Vogel ist.

In der Welt finden sich zahlreiche Beispiele dafür, wie die Geschichte auf Wahrheiten festgelegt wird, die von den Machthabern als richtige, im äußersten Falle als einzig richtige Wahrheiten angesehen werden. Die Historiker hatten und haben keinen Einfluß darauf, wie und wofür ihre Forschungsergebnisse genutzt werden.

Mein eigenes Lehrfach Politische Geschichte erforscht die jüngste Vergangenheit. Seine Forschungsgegenstände haben daher oft eine lebendige politische Verbindung zur Gegenwart. Dieses Problem der Zeitgebundenheit der Geschichtswissenschaft wird als Präsentismus bezeichnet, der insbesondere in der politischen Geschichte eine Plage, aber auch das Salz in der Suppe ist, wenn man ihn richtig erfaßt. Mit dem Präsentismus kommt man nicht zurecht, indem man sich den Mantel des wissenschaftlichen Objektivismus umhängt. Man muß seine Wirkung anerkennen, zu ihm ein eigenes Verhältnis finden und mit ihm leben lernen. Am treffendsten hat Yrjö Blomstedt das Problem des Präsentismus in der Geschichtswissenschaft beschrieben. In seiner Kritik der Dissertation von Lauri Hyvämäki „Die Finnen und die Großpolitik“ schrieb Blomstedt: „Jeder Augenblick sucht im Spiegel der Vergangenheit sein eigenes Spiegelbild.“

Die Geschichte wird nicht nur von Berufshistorikern interpretiert und beschrieben und die öffentliche Geschichtsdebatte wird nicht allein von ihnen

Über den öffentlichen Gebrauch der Geschichte

bestimmt. Im Grunde haben die Historiker jene Stellung eingeübt, die sie zum Beispiel noch vor dem Zweiten Weltkrieg hatten. Unvorstellbar ist heute ein Geschichtsbildmonopol, wie es das Buch „Unser Land“ von Topelius über Jahrzehnte innehatte. In unserer Kultur gibt es neben der Geschichtsforschung noch viele andere Ebenen der Darstellung, Vermittlung und Argumentation des historischen Wissens. Die Geschichte dringt in unser Bewußtsein über die kulturelle und politische Öffentlichkeit. Symbole, Denkmäler, Feiertage, Ausstellungen und Museen machen Geschichte hautnah erlebbar. Doch nicht nur in ihnen steckt Geschichte. Ob in der morgentlichen Zeitung oder der tagespolitischen Diskussion: In allem ist Geschichte. Sie ist bildhaft ausgedrückt in der Luft, die wir atmen.

Als man in der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren begann, sich mit dem schwierigen Verhältnis der Nation zu den Judenverfolgungen des Dritten Reiches auseinanderzusetzen, wurde die öffentliche Geschichtsdebatte zu einem wichtigen Forum der geistig-moralischen Abrechnung. In dem im Sommer 1986 entbrannten Historikerstreit griff der Philosoph Jürgen Habermas einige konservative Historiker wegen der Bagattelisierung der Judenverfolgungen des Dritten Reiches an. Habermas sprach in diesem Zusammenhang von „Geschichtspolitik“ und vom „öffentlichen Gebrauch der Geschichte.“ Nach seiner Auffassung hat sich die geschichtspolitische Forschung in die öffentliche Geschichtsdebatte eingenistet und zeigt Interesse daran, wie „man versucht, mit der Geschichte klar zu kommen.“

Konkrete Geschichtspolitik oder nach Norbert Frein (1996) Vergangenheitspolitik sind Stellungnahmen, Entscheidungen und Handlungen, mit denen versucht wird, mit der Vergangenheit abzurechnen und damit verbundene Traumata zu bearbeiten. Allgemein betrachtet ist die vergangenheitspolitische Forschung an der „Geschichtskultur“ der Gesellschaft interessiert. Darunter sind laut Wolfgang Hardtwig (1990) all jene Formen des Darlegens, Erfahrens und Erkennens von Geschichte zu verstehen, mit deren Hilfe die Menschen der Vergangenheit begegnen können.

In Deutschland hat das anhaltende Durchkämmen der Nazi-Vergangenheit seit den 80er Jahren fast die Stufe einer nationalen Selbstzerfleischung erreicht. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß in Westdeutschland das offene und ehrliche Abrechnen mit der schweren Vergangenheit eine der notwendigen Voraussetzungen für die Verankerung der Demokratie gewesen ist. Je stabiler die Demokratie, desto offener, streitbarer und kritischer ist die Geschichtskultur, die auch dadurch Meinungsgegensätze besser auszuhalten vermag.

Während des Kalten Krieges wurde die Geschichte als Teil des ideologischen Wettrüstens der zwei entgegengesetzten Systeme und Weltanschauungen mobilisiert. Einen besonders heftigen Historikerkrieg führten die beiden deutschen Staaten. In der Praxis wurde unter anderem darüber gestritten, wem

bestimmte nationale Größen wie zum Beispiel Luther, Goethe, Bismarck oder Friedrich der Große gehören.

Schmerzhafte Erinnerungen an die jüngste Vergangenheit

Nach dem Ende des Kalten Krieges und des Zusammenbruchs des Kommunismus erleben wir gegenwärtig eine Phase des Umbruchs. In den Vordergrund treten Fragen, die zuvor nur schwer oder gar nicht gestellt werden konnten. Einerseits hat die neue Situation alte Fesseln beseitigt, andererseits aber fordert sie neue Antworten auf die Frage, wie die Zeit, die wir als abgeschlossen erklärt haben, denn eigentlich geartet war. Wir sprechen sowohl vom Ende der Nachkriegszeit als auch vom Ende des Kalten Krieges.

Die Nachfrage nach historischer Information erlebt in den 90er Jahren eine noch nie gekannte Hochkonjunktur. Die Geschichtsforschung steht in dieser Situation vor zwei untrennbar miteinander verknüpften Herausforderungen: Wie kommen wir mit der schwierigen Vergangenheit zurecht und kann die Geschichte bei der Lösung der Probleme der heutigen Welt behilflich sein?

In den Ländern des mittleren Ost- und Südosteuropas sind die Erinnerungen an die jüngste Vergangenheit besonders schmerzhaft. Nach der Befreiung vom Kommunismus streben sie mit großer Eile in die Gemeinschaft des westlichen Europas. In diesen Ländern steht eine zukunftsorientierte Geschichtsschreibung vor einer besonders großen Herausforderung: Wenn es gelingt, die Traumata der Vergangenheit auf offene und ehrliche Weise zu bearbeiten, dann kann die Geschichte beim Zusammenfügen der Scherben der nationalen Identität geradezu therapeutische Wirkung haben.

Natürlich darf man die Möglichkeiten der Geschichte nicht überbewerten. Wie offen und ehrlich die Debatte auch sein mag, so stellt sich dennoch berechtigt die Frage, bis zu welchem Punkt die bessere Kenntnis der Geschichte beim Abbau der Traumata helfen kann. Fest steht, daß die Abrechnung Jahrzehnte dauern wird. Die oben erwähnte Geschichtsdiskussion in Deutschland ist dafür ein starker Beleg.

Bereits ein flüchtiger Blick auf die aktuelle Geschichtsdebatte in den früheren kommunistischen Ländern zeigt, daß in ihnen Vergangenheitspolitik mit sehr unterschiedlicher Intensität betrieben wird. Gemeinsam ist allen die Rückwendung und die Suche nach Modellen aus der Zwischenkriegszeit, in der fast alle diese Länder in Einparteiendiktaturen bestimmten Typs getrieben waren. Betrachtet man heute die Geschichte der 20er und 30er Jahre durch das Prisma des Stalinismus und von über vier Jahrzehnten russischer Okkupation, dann erscheinen jene 20er und 30er Jahre direkt rosig. Stark zu bezweifeln ist jedoch, ob das dem Aufbau einer dauerhaften, zukunftsorientierten und die

Über den öffentlichen Gebrauch der Geschichte

Demokratie festigenden Geschichtskultur dienlich ist. Das Anfang der 90er Jahre vom Bürgerkrieg heimgesuchte und daran zerbrochene Jugoslawien ist ein extremes Beispiel dafür, welche Folgen es hat, wenn in der Gesellschaft eine offene, kritische und Meinungsgegensätze aushaltende Geschichtskultur fehlt. Geradezu groteske Züge hat dort der Geschichtskrieg zwischen Serbien und Kroatien angenommen.

Politische Konjunkturen und Geschichtsdiskussion

In welche Richtung hat sich die Geschichtsdebatte in Finnland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bewegt?

Auch an Finnland ist der Umbruch nicht spurlos vorübergegangen. Viele Themen und Probleme, die in den Jahren des Beistandspaktes im Hintergrund blieben oder bei Seite geschoben wurden, sind in der Geschichtsdebatte der 90er Jahre erneut hervorgetreten. Der Blick wurde auch in Finnland zurückgewandt. Gefordert wurde die öffentliche Rehabilitierung einiger Organisationen, wie die Schutzkorps, die Frauenhilfsorganisation Lotta-Svärd, die Akademische Karelien-Gesellschaft, die Vaterländische Volksbewegung und der Waffenbruderbund, die auf Grund des Moskauer Waffenstillstandsvertrags von 1944 untersagt waren. Gefordert wurde auch die nachträgliche Annullierung von im Herbst 1944 ergangenen Hafturteilen gegen finnische Offiziere, die für den Fall einer sowjetischen Besetzung Waffen versteckt hatten, sowie der 1946 verhängten Gefängnisstrafen für acht als Kriegsschuldige angeklagte führende Politiker.

In den Mittelpunkt der Geschichtsdebatte ist überraschend auch der Bürgerkrieg von 1918 getreten. Der Konsens, der auf der Basis der Romantrilogie von Väinö Linna „Hier unter dem Polarstern“ und der ausgewogenen Untersuchungen des Bürgerkriegsterrors von Jaakko Paavolainen entstanden war, und der auch die Akzeptanz der Motive der roten Seite einschloß, ist zerbrochen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde erneut gewagt, das Bündnis zwischen Bolschewisten und rotem Finnland hervorzuheben sowie die Frage aufzuwerfen, wohin Finnland gelangt wäre, falls die Roten den Bürgerkrieg gewonnen hätten. Darauf gestützt haben einige Berufshistoriker in letzter Zeit angestrengt nachzuweisen versucht, daß „Befreiungskrieg“ gleichwohl die einzig richtige Bezeichnung für den Bürgerkrieg von 1918 sei. Die Restauration der These vom Befreiungskrieg ist ein Musterbeispiel für eine an politische Konjunkturen gebundene Geschichtspolitik. Mit Wissenschaft hat das jedoch sehr wenig zu tun.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist in Finnland in den letzten Jahren fleißig wachgehalten worden. Die Flut von Büchern, Radio-

und Fernsehprogrammen, Seminaren und Gedenkveranstaltungen über die Kriegsjahre hat keinesfalls nachgelassen. Der Winterkrieg ist in Finnland stets als ungerechtfertigte Aggression der Sowjetunion angesehen worden. Auch in den Jahren des Beistandspaktes galt er als „heiliger Krieg“, dessen Wert nicht einmal die Kommunisten ernsthaft in Frage zu stellen versuchten.

Die Bewertung des Fortsetzungskrieges und insbesondere seiner Endphase hat sich Anfang der 90er Jahre deutlich gewandelt. Für das Aufhalten der sowjetischen Großoffensive im Juni 1944 auf der Karelischen Landenge begann sich der Ausdruck „Abwehrrsieg“ einzubürgern. Dagegen ist nichts einzuwenden. Geschichtspolitisch ist jedoch interessant, daß man erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gewillt war, den Fortsetzungskrieg auf den gleichen heiligen Sockel zu heben, auf dem der Winterkrieg stets gestanden hat. Da ist es nicht mehr weit bis zu dem Gedanken, daß Finnland eigentlich sowohl im Winterkrieg als auch im Fortsetzungskrieg „gesiegt“ habe. Diese These wurde in verschiedenen Publikationen propagiert, darunter in dem Buch „Dennoch haben wir gesiegt – Erinnerung und Erbe des Krieges“, an dem auch Sachkenner der Geschichte beteiligt waren.

Auch auf der Ebene des Durchschnittsbürgers wurde die Erinnerung an die Kriegsjahre gepflegt. Die Leserbriefseiten der Tageszeitungen sind mit diesbezüglichen Meinungsäußerungen gefüllt. Offensichtlich haben viele Veteranen das Gefühl, erst jetzt frei über diese Dinge sprechen zu können. Den Kriegsveteranen wird von der heutigen Jugend, den Kindern der geburtenstarken Jahrgänge, viel Sympathie und Achtung entgegengebracht. Die Beliebtheit des Generals Adolf Ehrnrooth unter der Jugend ist ein durchaus pikantes geschichtspolitisches Phänomen, das sehr gut die Gegenwart veranschaulicht.

Das Trauma der Finnlandisierung

Das bei weitem heißeste Eisen der gegenwärtigen und auch künftigen Geschichtsdebatte in Finnland ist natürlich die Geschichte der finnischen Ostbeziehungen in der Periode des Beistandspaktes. Eigentlich wäre diese Periode, die widerstreitende Gefühle provoziert, eine gesonderte Betrachtung wert. Die Konstellationen in der Debatte über die finnische Nachkriegsgeschichte sind äußerst widersprüchlich. Einerseits hat Finnland besser als jedes andere Land, das in den Einflußbereich der Sowjetunion geriet, den Kalten Krieg überstanden. Finnland wurde zu keiner sogenannten Volksdemokratie und zu keiner kommunistischen Einparteiendiktatur sowjetischen Musters. Gerade in jenen Jahrzehnten, in denen Finnland in den Einflußbereich der Sowjetunion eingebunden war, integrierte es sich handelspolitisch im Westen und entwickelte sich zu einem nordischen Wohlfahrtsstaat mit einem der weltweit höchsten Lebensniveaus. Andererseits

Über den öffentlichen Gebrauch der Geschichte

war Finnland auf Grund der militärischen Artikel des Beistandspaktes fester als jedes andere westliche Land in den Einflußbereich der Sowjetunion eingebunden. Der Fall Finnland diente im Westen als Musterbeispiel dafür, wie sich eine Großmacht in die inneren Angelegenheiten eines kleinen Nachbarn einmischt, wie dessen Unabhängigkeit von außen gesteuert und damit eingeschränkt wird. In den 60er Jahren kam in Westdeutschland der Begriff „Finnlandisierung“ auf, der wortgetreu jenen Entwicklungsweg meinte, den Finnland eingeschlagen hatte. Man war der Meinung, ein solches Schicksal würde auch anderen westlichen Ländern drohen, wenn sie dem Kommunismus und der Sowjetunion zu stark nachgeben.

Noch schmerzhafter ist für uns Finnen die eigene, hausgemachte Seite der Finnlandisierung. Besonders gemischte Gefühle hat die Rolle von Präsident Urho Kekkonen geweckt. Kekkonen und anderen führenden Politikern jener Zeit wird vorgeworfen, vor den Führern im Kreml gedienert und die Ost-Beziehungen im eigenen persönlichen Machtspiel genutzt zu haben.

In Finnland besteht offensichtlich ein starkes Bedürfnis, für die Periode des Beistandspaktes eine bestimmte nationalistische Revanche zu üben. Bei einem Teil der Finnen hat diese Periode ein Trauma hinterlassen, das Bearbeitung verlangt. Nebenbei bemerkt scheint bei einigen das Trauma erst ausgebrochen zu sein, nachdem die Sowjetunion zusammengebrochen war. Es ist amüsant, daß es schon beinahe zum guten Brauch geworden ist, für fast jedes Problem und Unglück die „Periode der Breshnewschen Stagnation“ verantwortlich zu machen. Woher rührt ein solcher Übereifer?

Offensichtlich fordert die überlange, durchgreifende Machtphase Urho Kekkonens, die vom Standpunkt der normalen Demokratie auch bedauerliche Merkmale annahm, ihre Antithese oder etwa Schlußfolgerungen in dem Stil: Weil Kommunismus, Sowjetunion und der Russe schlecht sind, war Kekkonen, der sich mit ihnen einließ, auch schlecht, von seinen Mitläufern hier einmal ganz abgesehen. Das Schwarzmalen der Kekkonen-Zeit kann auch der Versuch sein, für die Sünden der Finnlandisierung, die uns im Westen im Kalten Krieg angekreidet wurden, nachträglich um Verzeihung zu bitten, um jetzt als taugliche Europäer zu gelten. Merkwürdig ist das allerdings, denn allgemein wird im Westen hoch anerkannt, wie sich Finnland im Kalten Krieg aus der Affäre gezogen hat. Wie herum war es denn eigentlich? Zeigt man gen Osten den Hintern, wird gen Westen gedienert.

Die Finnlandisierungsdebatte führt ein Eigenleben und ihre Intensität wird in den nächsten Jahren noch zunehmen. Bis jetzt ist in den Moskauer Archiven niemand über die Notenkrise hinausgelangt. Die 60er und 70er Jahre warten noch unerschlossen auf ihre Enthüller. Neue Sensationen werden ans Tageslicht kommen, und mitten unter uns leben ehemalige KGB-Agenten, die sich ihrer Lage selbst noch nicht bewußt sind. Am interessantesten ist die eigentliche

Diskussion und was sie über uns Finnen der 90er Jahre und unser merkwürdiges Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit mitteilt.

Politische Geschichte als Handelsware

Die Medienöffentlichkeit ist heutzutage etwas ganz anderes als noch vor zehn oder 15 Jahren. Bestimmte Produkte der politischen Geschichtsforschung sind zur Handelsware mit eigenen Märkten geworden. Die Medien lenken das Interesse der Öffentlichkeit. Sie wählen aus, wer in die Öffentlichkeit gelangt und wer zum Liebling wird. Wie sollten sich die Wissenschaftler dazu verhalten? Mit Ignoranz ist gegen die Medien nichts auszurichten. Aber es geht genauso schief, wenn sich Wissenschaftler an die Medien zu verkaufen beginnen. Ich selbst habe die Erfahrung gemacht, daß man sich mit den Medien auf keinen Disput einlassen sollte. Man zieht doch stets den kürzeren.

Die aktuellen Medien sind von Natur aus äußerst schnellebig und selektiv. Auch geht es darum, daß nur genügend reißerische Behauptungen die Nachrichtenschwelle überwinden. Dinge werden unbekümmert aus ihrem Zusammenhang gerissen, und Geschichte wird in den Augen der Öffentlichkeit zur Sensationshascherei. Den Verbraucher muß es verwirren, wenn vollständig konträre Behauptungen im Namen der Wissenschaft als wissenschaftliche Wahrheiten gehandelt werden. In diesem Sinne ist das von Juhani Suomi kürzlich angeregte „Produkthaftungsgesetz für Geschichtsschreibung“, das er den Lesern der Publikationen seines Streitpartners Hannu Rautkallio empfiehlt, ein begrüßenswerter Vorschlag. Die politische Geschichte ist durch ihre Forschungsgegenstände per definitionem ein vielschichtiger Teil des öffentlichen Gebrauchs der Geschichte. Daher wäre der Versuch, eine sogenannte richtige wissenschaftliche Geschichtsforschung vom Gesamtspektrum der Geschichtskultur zu isolieren, ein großer Fehler.